Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1298.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 6,50 M. Einzelnummer 80 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerstraße 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerstraße 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung auf Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 159 | Dresden, Montag den 11. Juli 1921 | 32. Jahrg.

Sachsens U. S. P. und Einigung

Der richtige Weg

In Leipzig hat gestern und vorgestern der Parteitag der sächsischen U. S. P. stattgefunden. Die Verhandlungen dieses Parteitages ergeben, daß die Taktik, die unsre Partei auf ihrem Leipziger Parteitag in der Einigungsfrage eingeschlagen hat, richtig war. Die in Leipzig von unsrer Partei ausgegebene Parole: Vorbereitung der Einigung durch Zusammenarbeit, hat auch auf dem Parteitag der U. S. P. Zustimmung gefunden.

Die letzten Jahre waren leider erfüllt von dem Bruderkampf zwischen den sozialistischen Parteien, der die Sache des Proletariats schwer geschädigt hat. Wie das bei einem Bruderkampf oft der Fall ist, ist es dabei häufig heftiger zugegangen als bei den Kämpfen zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Parteien. Man muß sich aber darüber klar werden, daß die Ursachen dieses Kampfes nicht in der Böswilligkeit oder Dummheit der Anhänger einer der beiden Gruppen oder auch in dem schlechten Willen der Führer zu suchen sind. Wenn Mehrheitssozialisten ärgerlich auf die sogenannten Parteizerspalterer schimpfen, so haben sie im Grunde genommen ebenso Unrecht, wie wenn die U.-S.-P.-Leute von Verrätern des Sozialismus reden. Es wäre merkwürdig gewesen, wenn in einer Zeit so kolossaler Ereignisse und Umwälzungen die Sozialdemokratie nicht auseinandergebrochen wäre.

Man verweist häufig darauf, daß auch in der alten Sozialdemokratischen Partei die Gegensätze sehr groß waren und trotzdem ein Zusammenarbeiten beider Richtungen in einer Partei möglich war. So große Schäden uns aber auch die Spaltung gebracht hat, so ist es doch die Frage, ob es ein Segen für die Arbeiterschaft gewesen wäre, wenn die Anhänger der verschiedenen Richtungen auch nach der Revolution trotz den nun einmal vorhandenen Gegensätzen in einer Partei zusammengepfercht gewesen wären.

Im alten Deutschland war unsre Partei gezwungenermaßen eine Oppositionspartei, die von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen war, und auch der Teil der Partei, der mehr auf praktische Arbeit eingestellt war, konnte im Grunde genommen weiter nichts machen, als in der Hauptsache Opposition gegen die herrschenden Gewalten zu treiben. Anders aber jetzt, wo es gilt, eventuell auch durch Teilnahme an der Regierung den Einfluß der Arbeiterschaft auf den Staat geltend zu machen. Was im alten halbabsolutistischen Deutschland denkbar war, ist deshalb noch nicht in dem demokratischen Deutschland möglich. Eine Partei, in der so heftige Gegensätze bestanden wie in der alten deutschen Sozialdemokratie, wäre wahrscheinlich in einem demokratisch-parlamentarischen Staate arbeitsunfähig.

Die Gegensätze, die während der Revolution zwischen den beiden Parteien vorhanden waren, gehen letzten Endes darauf zurück, daß sich in unsrer Partei der geistige Anpassungsprozeß, der durch den Uebergang vom halbabsolutistischen zum demokratischen Staate notwendig wurde, schneller vollzogen hat als bei den Leuten von der U. S. P. Die Unabhängigen waren und sind zum Teil noch heute mit ihrer ganzen Gedankenwelt im alten Deutschland.

S. P. D. und U. S. P. unterscheiden sich unter anderm heute noch dadurch, daß die U. S. P. offiziell an dem Ziel der sogenannten Diktatur des Proletariats festhält und sich noch nicht entschieden auf den Boden der Demokratie stellen will. Aber in der letzten Zeit ist es bei der U. S. P. von der Diktatur recht still geworden und nach den vorliegenden, allerdings recht unvollkommenen Berichten scheint es, daß auch in Leipzig von der Diktatur wenig oder gar nicht gesprochen wurde. Die Diktatur des Proletariats ist offenbar jetzt wirklich bei der U. S. P. eine Schaustellerpuppe geworden.

Der praktisch wichtigste Unterschied zwischen den beiden Parteien liegt wohl heute darin, daß die U.-S.-P.-Leute jede Beteiligung an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien ablehnen, während die S. P. D. bereit ist, unter Umständen an einer solchen Regierung teilzunehmen.

Es ist auch von uns oft genug ausgesprochen worden, daß wir wünschen, allenthalben reinsozialistische Regierungen zur Herrschaft zu bringen. Aber der Zeit, wo der Sozialismus allein die Regierungsgewalt übernehmen kann, geht eine Periode vorher, in der das Proletariat noch nicht stark genug ist, um allein zu herrschen, in der es aber zu stark ist, um dem Bürgertum ohne weiteres die Regierung überlassen zu können. In dieser Periode befinden wir uns in Deutschland. Die grundsätzliche Ablehnung der Teilnahme der Sozialdemokratie an einer Koalitionsregierung bedeutete, daß das Proletariat darauf verzichtete, von einem im demokratisch-parlamentarischen Staate wichtigen Kampfmittel Gebrauch zu machen. Die Vorgänge der letzten Monate haben gezeigt, daß unsre Partei durchaus nicht bereit ist, unter allen Umständen in eine Koalitionsregierung einzutreten, die Voraussetzung für Beteiligung an einer solchen Regierung muß immer sein, daß der Einfluß der Arbeiterschaft in der Regierung genügend gesichert ist. Sozialisten dürfen sich nicht dazu hergeben, in einer Regierung als bloßes Dekorationsstück zu dienen. Hat aber in einer Koalitionsregierung die Sozialdemokratie einen genügend starken Einfluß, besetzt sie insbesondere wichtige Ministerien, so können unter Umständen wichtige Fortschritte für die Demokratie und den Sozialismus erzielt werden. So hat zum Beispiel in Preußen der frühere Minister des Innern, Severing, für die Demokratisierung der Verwaltung sehr viel tun können.

Die Stellung der Sozialisten in einem Koalitionsministerium wird aber um so stärker sein, je geschlossener das ganze Proletariat hinter den sozialistischen Ministern steht. Und deswegen wäre es von so großer Wichtigkeit, wenn die U. S. P. den Standpunkt aufgäbe, daß unter keinen Umständen ein Zusammenarbeiten mit Leuten der bürgerlichen Parteien in der Regierung stattfinden darf. In der in Leipzig angenommenen Resolution wird zwar noch wie vor ein Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien in einer Regierung abgelehnt. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß auch bei den Unabhängigen ein geistiger Gärungsprozeß eingesetzt hat, der immer mehr eine Annäherung an die S. P. D. herbeiführen wird. Man braucht ja nur an die Vorgänge im Reiche zu erinnern. Obwohl die Unabhängigen nicht am Reichskabinett teilnehmen, unterstützen sie doch die Regierung Wirth. Vor einem Jahre wäre das nicht denkbar gewesen. Damals hätte wahrscheinlich die U. S. P. jede Koalitionsregierung aufs heftigste und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Die U. S. P. kann sich eben dem Einfluß der Tatsache, daß wir in einem demokratischen Staate leben, auf die Dauer nicht entziehen.

Zu einer organisatorischen Verschmelzung beider Parteien wäre es zweifellos heute noch zu früh. Darüber ist man sich in beiden Parteien einig. Aber für uns gilt es, den Reifungsprozeß, der bei der U. S. P. eingesetzt hat, zu fördern und das können wir, wenn wir jede Gelegenheit benutzen, um mit den Genossen von der U. S. P. gemeinsam praktische Arbeit für den Sozialismus zu leisten. In diesem Sinne hat sich unsre Partei in Leipzig ausgesprochen und der Parteitag der U. S. P. hat dadurch geantwortet, daß auch er eine Einheitsfront des Proletariats und eine Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien gefordert hat. Wir sind also, das wird durch den Verlauf des Leipziger U.-S.-P.-Parteitages bestätigt, auf dem richtigen Wege.

Aus den Verhandlungen des Leipziger Parteitages konnte man ersehen, daß den sächsischen U.-S.-P.-Ministern ähnliche Vorwürfe gemacht werden, wie sie sich unsre Minister auch immer wieder von unsern Parteigenossen anhören mußten. Auch den U.-S.-P.-Ministern wird vorgeworfen, daß sie nicht genug getan haben, besonders daß sie es unterlassen haben, den sozialistischen Einfluß in der Verwaltung zu stärken. Die unabhängigen Minister Fleißner und Lipinski verteidigten sich, indem sie auf die Schwierigkeiten hinwiesen, die der Erfüllung der von ihren Parteigenossen geäußerten Wünsche entgegenstehen. Man kann auch von einem Minister nicht verlangen, daß er unfehlbar ist. Vielleicht wäre es dem einen oder andern Minister möglich gewesen, bei mehr Energie mehr zu erreichen. Aber allein schon die Tatsache, daß die „radikalen" U.-S.-P.-Minister sich dieselben Vorwürfe machen lassen müssen, wie die Minister der S. P. D., zeigt, daß die sachlichen Schwierigkeiten sehr groß sind, und sich nicht allein mit gutem Willen und Energie überwinden lassen.

Insbesondere der Einfluß der alten Bureaukratie läßt sich nicht von heut auf morgen beseitigen, zumal die sozialistischen Parteien über so wenig entsprechend vorgebildete und in der Verwaltung erfahrene Angehörige verfügen. Am ehesten werden wir wohl mit der Demokratisierung der Verwaltung vorwärts kommen, wenn die Selbstverwaltung in den Gemeinden und Kommunalverbänden immer mehr ausgebaut wird. Auch in dieser Frage hat sich der U.-S.-P.-Parteitag im wesentlichen dem angeschlossen, was auf unserm Parteitag beschlossen wurde.

So können wir aus den Verhandlungen des Leipziger Parteitages den Schluß ziehen, daß die Voraussetzungen für ein weiteres Zusammenarbeiten der beiden sozialistischen Parteien in hohem Maße gegeben sind. Zwar wissen wir, daß die gegenwärtige sozialistische Regierung auf sehr schwachen Füßen steht, aber wenn es den bürgerlichen Parteien gelingen sollte, die Regierung Buck zu Fall zu bringen, so werden wir die Arbeiter zur Wahlurne rufen mit der Parole: Stützt die sozialistische Regierung, und wenn nicht alles täuscht, so können wir darauf rechnen, daß ein derartiger Appell nicht vergebens sein wird.

Militaristische Konfusion

Polnisch-tschechische Militärkonvention

Eigene Drahtmeldung

Prag, 11. Juli. Wenn nicht noch in letzter Stunde Schwierigkeiten eintreten, ist mit dem Abschluß eines polnisch-tschechischen Militärkonvents unter französischer Führung schon in den nächsten Tagen bestimmt zu rechnen. Im Auftrage des tschechischen Außenministers Dr. Benesch war jetzt der Chef der französischen Militärmission, der zugleich auch Chef des tschechischen Generalstabes ist, mit weitgehenden Vollmachten in Paris, wo gleichzeitig auch der Chef der französischen Militärmission aus Warschau eintraf. In Paris sind nun die Einzelheiten der Militärkonvention verabredet worden, worüber die beiden Außenminister, Dr. Benesch und Skirmunt, demnächst in Krakau verhandeln werden und die den von der Tschecho-Slowakei erstrebten Eintritt Polens in die Kleine Entente vorbereiten sollen.

Die Militärkonvention richtet sich, soweit infolge des Scheiterns der tschechisch-ungarischen Verhandlungen in Marienbad tschechische Wünsche in Frage kommen, vornehmlich gegen Ungarn, polnischerseits aber gegen Deutschland. Die Tschecho-Slowakei soll verpflichtet sein, sich einmal auf die Seite der polnischen Politik in Oberschlesien zu stellen, worauf Polen auf Tschechien verzichtet, dann aber in einem deutsch-polnischen Kriege die Polen durch Stellung einer Armee von mindestens 300 000 Mann zu unterstützen. Zwischen dem polnischen und dem tschechischen Generalstab soll durch französische Offiziere ein enges Zusammenarbeiten geschaffen und ein Operieren nach gemeinsamen Plane sichergestellt werden. Sollte es der französischen Politik wirklich gelungen sein, einen Ausgleich in den tiefen Gegensätzen zwischen den beiden sich bisher feindlichen gegenüberstehenden tschechischen Brüdern herzustellen, so hätte Frankreich damit einen in seiner Auswirkung auf die französische Machtstellung in Europa nicht zu unterschätzenden Erfolg errungen, deren Leidtragende wir und die Ungarn sind. Die große Frage an die Zukunft ist nun, ob sowohl Polen wie die Tschecho-Slowakei sich mit Rücksicht auf die geographische und wirtschaftliche Lage den Luxus einer Militärkonvention gegen Deutschland zu leisten auf die Dauer gestatten können. Wir glauben diese Frage schon heute verneinen zu können.

Rußland gegen Polen

Warschau, 10. Juli. Gestern traf in Warschau eine am 4. Juli von Tschitscherin an den Minister des Aeußern Skirmunt abgesandte Note ein, die größtes Aufsehen erregte. Schon wiederholt hat Tschitscherin Vorwürfe und Proteste gegen die Begünstigung russischer Gegenrevolutionäre durch die Polen erhoben. Die jüngste Note erhebt die allerschwersten Vorwürfe in einer alle früheren bei weitem übertreffenden Weise und knüpft daran Forderungen, deren Schärfe die friedlichen Beziehungen der beiden Staaten ernstlich zu gefährden scheint. Ein derartig schroffes Auftreten der Sowjetregierung kam völlig unvermutet wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Stand doch die polnische Regierung vor der Absendung einer Gesandtschaft nach Moskau. Auch hatte sie bereits angekündigt, daß eine sowjetrussische Gesandtschaft mit Karachan an der Spitze im Juli oder August in Warschau eintreffen werde.

Einschränkung der Rüstungen

London, 10. Juli. Die amerikanische Botschaft in London teilt mit, daß eine vom Weißen Hause ausgehende Erklärung besagt, im Hinblick auf die weittragende Bedeutung der Frage einer Einschränkung der Rüstungen trage der Präsident bei Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan an, ob sie an einer Konferenz zur Besprechung dieser Angelegenheit in Washington zu einem gegenseitig vereinbarten Zeitpunkt teilnehmen würden. Der Präsident schlug vor, daß die Probleme des Stillen Ozeans und des fernen Ostens, die mit der Abrüstungsfrage in enger Verbindung stehen, auch auf dieser Konferenz besprochen werden, um eine allgemeine Verständigung über die politischen Grundsätze im fernen Osten herbeizuführen. China sei eingeladen, an der Besprechung betreffend den fernen Osten teilzunehmen.

Jubel in Irland

Eigene Drahtmeldung

London, 11. Juli. Die Beschlüsse der Dubliner Konferenz haben im ganzen südlichen Irland, besonders in der Hauptstadt, eine Stimmung enthusiastischer Freude hervorgerufen, wie nach einem Kriege, der beendet wurde. Besonders die Tatsache, daß der Waffenstillstand nicht für eine bestimmte Frist, sondern, wie man hofft, für die Zukunft überhaupt geschlossen ist, hat einen Optimismus erzeugt, der sich in ungestümen Freudenkundgebungen äußert.

De Valera hat eine Proklamation an die Bürgerschaft erlassen, in der er es jedem einzelnen zur Pflicht macht, [illegible] des Waffenstillstandes zu enthalten. Er spricht keinen übertriebenen Optimismus aus, sondern sagt, daß die bisherige Gesinnung Irlands es nicht gestatte, unangebrachtes Vertrauen zu hegen. Aber die Vertreter Irlands würden bei den Verhandlungen alles tun, um den Streit durch einen gerechten Frieden zu beenden.

Wiederaufnahme der Arbeit auf den städtischen Gütern

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 11. Juli. Gemäß dem am Sonnabend mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß der städtischen Gutsarbeiter ist am heutigen Montag morgen die Arbeit auf den Gütern der Stadt Berlin in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Der nunmehr beendete Streik, der mitten in der Heuernte und bei Beginn der Winterroggenernte einsetzte, hat erfreulicherweise fast gar keine schädlichen Folgen für die städtischen Güter gezeitigt. Bekanntlich wurden die Notstandsarbeiten von den Streikenden in vollem Umfange durchgeführt, so daß in der Bestellung der Felder, in der Milchwirtschaft und in andern wichtigen Arbeiten keine Störung eingetreten ist. Infolge des Ausstandes mangelte es bei der Einbringung der Ernte und bei der Bearbeitung der Hackfrüchte an Arbeitskräften. Es gelang aber mit Hilfe der Gutsangestellten und der sich freiwillig anbietenden Bauern der Umgegend, die dringlichsten Arbeiten zu erledigen und die Stadt Berlin vor Verlusten zu bewahren.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210711/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG